



- Editorial
- Wort des Vorsitzenden
- Weihnachtsgeschenk der Wien-Energie
- Terminrückblick
- Pendlerpauschale
- Pendlerlotto
- Laute Stimmen
- Pflegekräftemangel
- Sozialversicherungswerte 2024
- Blaues Wunder
- Fahrtauglichkeitsuntersuchung
- Was bannt Hass?
- Aktivitäten
- Christliche Soziallehre

Bild von lakeblog auf Pixabay



## Editorial



Werte Leserin!  
Werter Leser!

Der frühere deutsche Bundespräsident Roman Herzog schrieb zum Osterfest in einer Zeitung folgende kritische, wohl aber realistische Einschätzung: „Wieder einmal

steht das Osterfest vor der Tür und wieder einmal dürfte sich kaum jemand mit der Botschaft auseinandersetzen, die von diesem Fest ausgeht. Die unmittelbare Botschaft - der Opfertod Jesu Christi am Kreuz und die darauffolgende Auferstehung - mag heute eine christliche Grundüberzeugung voraussetzen, die nicht mehr jeder aufbringt. Es lässt sich aber nicht wegdiskutieren, dass Ostern auch für die Nichtgläubigen noch eine wesentliche Botschaft enthält: Die Botschaft der Hoffnung.“

Wir leben in einer Welt, die von Unruhen, Terror und Krieg, von Hass, Hunger und Elend geprägt ist. Eine Welt in einer schier hoffnungslosen Situation. Wird es je Frieden unter den Menschen und auf der Welt geben? Diese Frage stellen sich viele. Solange wir Ostern feiern und solange es Menschen gibt, die aus der Osterbotschaft leben, gibt es Hoffnung für jeden einzelnen und die ganze Menschheit. Ostern ist der große Aufruf der Liebe, der Hoffnung und des Lebens für alle.

Wie schreibt Papst Franziskus in der Enzyklika *Laudato si* 61: „Die Hoffnung lädt uns ein zu erkennen, dass es immer einen Ausweg gibt, dass wir immer den Kurs neu bestimmen können, dass wir immer etwas tun können, um die Probleme zu lösen.“

Das Licht der Osterkerze, entzündet in der dunklen Osternacht, möge in uns allen die Freude am auferstandenen Christus neu entzünden und uns in der Hoffnung auf eine bessere Welt in Frieden für alle stärken. Wenn wir einander beim Ostergottesdienst den Friedensgruß schenken und den Frieden hinausbringen in unseren Alltag, dann ist dies schon ein Stück von Frieden. So kann aus vielen kleinen Friedenzellen der große Friede wachsen, meint Ihre

## Vorsitzender FCG vida



Wertes  
Gewerkschaftsmitglied!

Die Frage nach moralischem Handeln in Politik und in den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen ist eine strittige. Das haben uns die Diskussionen nach Bekanntwerden von Korruptionsfällen gezeigt. Der wesentliche Streitpunkt war: Ist das Verhalten von Politiker:innen an moralischen Maßstäben zu messen? Oder genügt es, wenn nicht gegen das Strafrecht verstoßen wird? Damit hängt die Frage zusammen, ob es ein politisches Gewissen gibt. Und wenn ja, woran es sich zu orientieren hat.

Unser Gewissen richtet sich nach Werten, die wir als für uns verbindlich annehmen. Grundlegende Werte wie: „Du sollst nicht töten“, „Du sollst nicht stehlen“ etc. sind durch das Strafrecht geschützt. Ethische Standards sind in keinem Gesetzbuch festgelegt. Sie werden in einem Verhaltenskodex festgelegt, dessen wesentlicher Zweck Bewusstseinsbildung ist. Einen solchen Kodex gibt es nach meinem Wissensstand für die Abgeordneten im Parlament. Es soll ihnen dadurch bewusst gemacht werden, dass sie ihr Verhalten am Gemeinwohl ausrichten sollen, nicht am eigenen Wohl und nicht am Wohl der Partei. Dabei hilft es, wenn sie sich fragen, ob sie tatsächlich tun, was sie sagen, und tatsächlich sagen, was sie tun. Und ob das, was sie sagen und was sie tun, dem Gemeinwohl nützt. Das Gemeinwohl ist der Maßstab, an dem sie ihr Verhalten messen müssen. Ob sie dem gerecht werden ist eine Frage ihres politischen Gewissens.

Dies beginnt mit der Verrohung der Sprache und endet mit verhärteten Fronten etwa bei Verhandlungen. Denn wie heißt es schon im bedeutendsten Schriftstück des Judentums, dem Talmud: „*Achte auf deine Gedanken, denn sie werden zu Worten. Achte auf deine Worte, denn sie werden zu Handlungen. Achte auf deine Handlungen, denn wie werden zu Gewohnheiten. Achte auf deine Gewohnheiten, denn die werden dein Charakter. Achte auf deinen Charakter, denn er wird dein Schicksal.*“

**KR Christian Gruber**

Bundvorsitzender der FCG vida

## Weihnachtsgeschenk der Wien-Energie?



In den kommenden Wochen erhalten Fernwärmekund:innen von Wien-Energie die Jahresabrechnung für den vergangenen Winter. Etwaige Nachzahlungen könnten wegen der massiven Preissteigerungen vom Vorjahr deftig ausfallen, trotz teils rückwirkend geltender Rabatte. Etwa ein Drittel der Fernwärme stammt aus den Müllverbrennungsanlagen Spittelau, Simmeringer Haide, Flötzersteig und Pfaffenu sowie dem Wald-Biomasse-Kraftwerk in Simmering. Die restliche Wärme liefern Fernheizwerke, die nur bei Bedarf zum Einsatz kommen. Für die Herstellung von Fernwärme kommt also zusätzlich importiertes Gas zum Einsatz. Und dieses Gas ist im Juni 2021 exorbitant teurer geworden. Nicht so freilich die Wärme aus den Müllverbrennungen der Stadt. Die Wien-Energie hat dennoch die Fernwärmepreise um 92 Prozent angehoben.

### Saftige Übergewinne

Im Herbst 2023 hat die Fernwärme-Wien dann allerdings eine Verbilligung in Aussicht gestellt. Und zwar um stolze 20 Prozent. Fritz Pörtl, FCG v. d. Bundesgeschäftsführer: „Und was ist mit den übriggebliebenen 72 Prozent der seinerzeitigen Erhöhung?“ Man wolle allerdings ja auch soziale Härtefälle mit 10 Millionen Euro in Form von Energie-Gutscheinen abfedern, hieß es von Wien-Energie. Finanziert werden diese Rabatte allerdings durch den zu erwartenden Jahresüberschuss von Wien-Energie. Laut Stadtrat Hanke verzichte die Stadt dafür auf eine Dividendenzahlung der Stadtwerke für die Jahre 2022 und 2023. Pörtl: „Ach, wie großzügig!“

### Gaspreis Talfahrt ignoriert

Dass die Gaspreise gegenüber Dezember 2022 nun schon um 71 Prozent geringer ausgefallen sind, wird von der Fernwärme-Wien ignoriert, ja man bastelt derzeit sogar an einem dubiosen „Weihnachtsgeschenk“ für Wiens Fernwärmekund:innen. Nämlich an einer weiteren Erhöhung des Fernwärme-Preises um etwa 10 Prozent bis 20 Prozent. Und das, ob-

wohl die Wien-Energie „jeden Tag eine Million Euro Gewinn“ gemacht habe, wie sogar im Gemeinderat festgestellt wurde. Auf den internationalen Märkten ist der Gaspreis übrigens mittlerweile stark gesunken. So kostete eine Kilowattstunde seit Mai in Deutschland etwas weniger als 10 Cent. Damit liegt der Preis unter dem Niveau von Herbst 2021, als der Gaspreis im Vorfeld des Ukraine-Kriegs zu steigen begann. Pörtl: „In Österreich scheint die gute Nachricht noch nicht angekommen zu sein!“

## Terminrückblick

FCG v. d. Frauentage, v. d. Landesfrauenkonferenzen, AK Wahlen, Sitzungen

13.12.2023	FCG v. d. Präsidium
03.01.2024	Stichtag AK Wahl: Bgld., NÖ, Stmk., Wien
11.01.2024	FCG v. d. Landesvorstand Wien
18.01.2024	FCG v. d. Präsidium
26.01. - 08.02.2024	AK Wahl Vorarlberg, Salzburg
29.01. - 08.02.2024	AK Wahl Tirol
05.02.2024	FCG v. d. Landesfrauenvorstand Tirol
07.02.2024	FCG v. d. Landesfrauentag Steiermark, v. d. Landesfrauenkonferenz Steiermark
08.02.2024	v. d. Landesfrauenkonferenz Kärnten
12.02.2024	FCG v. d. Landesvorstand OÖ
14.02.2024	FCG v. d. Landesfrauentag NÖ, v. d. Landesfrauenkonferenz NÖ
18.02.2024	FCG v. d. Landesfrauenkonferenz Tirol, v. d. Landesfrauenkonferenz Tirol
20.02.2024	v. d. Landesfrauenkonferenz Vorarlberg
20.02. - 22.02.2024	v. d. Regionskonferenz Wien
22.02.2024	v. d. Landesfrauenkonferenz Salzburg

## Pendlerpauschale unverzichtbar

Die von Umweltministerin Leonore Gewessler angekündigte Streichung der Pendlerpauschale würde 220.000 Pendler:innen im Großraum von Wien besonders hart treffen. Der Grund für die plötzliche Ankündigung: Man will die sogenannten „fossilen Subventionen“ radikal einbremsen, um der Klimakrise wirksam entgegenzusteuern. Gemeint ist in Österreich mit derartigen staatlichen Unterstützungen etwa auch die Pendlerpauschale, die es der Bevölkerung ermöglicht, ihren weit entfernten Arbeitsplatz kostengünstiger zu erreichen.

### Unterstützung

Die Fahrtkosten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte werden grundsätzlich durch den Verkehrsabsetzbetrag abgegolten. Unter gewissen Voraussetzungen besteht zusätzlich ein Anspruch auf das „kleine“ oder „große“

Pendlerpauschale, je nachdem, ob die Fahrt zum Arbeitsplatz mit einem Massenverkehrsmittel zumutbar ist oder eben nicht. Die Pauschalen liegen monatlich zwischen 31 Euro (bis 20 km) und 214 Euro (40 bis 60 km).

### Keine Lösung

Fritz Pörtl, FCG vda Bundesgeschäftsführer: „Streich man diese Unterstützung, haben die Beschäftigten plötzlich weniger zum Leben in ihrer Geldbörse. Die Arbeit können sie aber deshalb nicht aufgeben, und die Betriebe werden die Arbeitskräfte ja weiter dringend benötigen. Die Folge: Die Betroffenen werden weiter mit dem Auto zu ihrer Arbeitsstätte fahren müssen. Allerdings dann noch teurer als bisher!“

### Klimalüge

Christian Gruber, FCG vda Bundesvorsitzender: „Das wäre also nicht nur ein Bärendienst an den 220.000 Pendler:innen im Raum Wien, für die sich Arbeit ja endlich wieder lohnen soll, sondern auch keinerlei Gegenmaßnahme zur Klimakrise. Die Arbeitnehmer:innen brauchen keine Verschlechterung ihrer Situation, die Umweltministerin sollte vielmehr an Verbesserungen für die Betroffenen arbeiten.“

## Das tägliche Pendlerlotto

Seit der Fahrplanumstellung im Dezember 2023 wurde das Chaos in der Ostregion nur noch größer - die Pendler:innen können ihre Arbeits- und Freizeit nicht mehr planen, da tagtäglich ungewiss ist, ob die ÖBB einen Zug zur Verfügung stellen.

### Zugausfälle



In den letzten Wochen ist nicht nur ein Zug ausgefallen, es fallen gleich mehrere Züge in Serie aus. Es hat den Anschein, dass die ÖBB die Fahrpläne nur mit fiktiven Zügen erstellt haben, die nur auf dem Papier existieren.

Jahrelange Misswirtschaft und eklatante

Managementfehler werden seit Jahren auf dem Rücken der Pendler:innen ausgetragen. „Nur so schlimm wie jetzt, war es schon lange nicht“, meint Leopold Wagner, der Sprecher der Pendlerinitiative. Die Betroffenen kommen zu spät in die Arbeit und am Abend verspätet heim, da die ÖBB offenbar nicht fähig und willens sind, die eigenen Fahrpläne einzuhalten. Die Pendler:innen würden für das Versagen der ÖBB mit ihrer Freizeit und Lebensqualität zahlen.

### Wien ist betroffen

Altmodische Begriffe, wie Vertrauen und Verlässlichkeit, werden von den ÖBB scheinbar als nicht mehr notwendig angesehen - die Geldzuschüsse, bezahlt von allen Steuerzahler:innen, würden ja so auch fließen. Über die Ticketpreise werde gar nicht mehr gesprochen, meint Wagner. Besonders betroffen sind die Pendler:innen, die nach Wien fahren müssen, denn die SPÖ dominierte Stadt Wien hat ja rücksichtslos eine willkürliche Kurzparkregelung auf dem Rücken der Pendler:innen brutal umgesetzt. An die Erweiterung der Kapazitäten der Öffis hat man im rot-pinken Rathaus aber nicht nachgedacht.

### Pendeln nach München?

„Dafür verspricht jetzt der Generaldirektor der ÖBB, dass man in 2,5 Stunden in München sein könnte - ich kenne keine Pendler:innen, die täglich nach München fahren. Solche Prestigeprojekte gehen dann hauptsächlich zu Lasten der Pendler:innen in der Ostregion, die tagtäglich auf eine funktionierende und verlässliche Verbindung angewiesen sind“, kritisiert Wagner. Das ÖBB-Management erhält für solche Fiktionen offenbar auch noch Bonis, obwohl die Manager:innen aufgrund dieser Fehlleistungen eigentlich zurücktreten müssten.



### Bedenken waren da

Vermutlich wurden alle Mitarbeiter:innen, die zuletzt gegen die neuen Fahrpläne sogar ihre Bedenken angemeldet haben, vorsichtshalber mundtot gemacht. Den Frust der Reisenden müssen die Zugbegleiter:innen aber jetzt hinnehmen. Leopold Wagner: „Es ist zu hoffen, dass das ÖBB-Management aus diesen Vorfällen lernt und jetzt endlich ernsthaft an den notwendigen Verbesserungen arbeitet!“

## Laute Stimmen nur vor den Wahlen!

„Ihre Stimme für billiges Wohnen!“ Mit diesem Wahlversprechen ist Rudolf Kaske vor fast 10 Jahren in den AK-Wahlkampf gezogen, er hat einen Mietpreisdeckel verlangt und die Stadt Wien aufgefordert, mehr geförderte Wohnungen zu bauen. Und Kaske hat die Wahl 2014 souverän für sich und die FSG-Fraktion entschieden. Fritz Pörtl, FCG vda Bundesgeschäftsführer, dazu: „Nur zur Erinnerung: Damals hieß der Bundeskanzler Werner Faymann und der Bürgermeister Michael Häupl und beide gehörten der selben Fraktion der Sozialdemokraten wie Rudolf Kaske an. Geschehen ist dann freilich fast gar nichts, sieht man von einem neuen Gemeinde-Projekt auf dem Gelände der einstigen AUA-Zentrale in der Fontanastraße in Favoriten ab, das fünf Jahre später im November 2019 besiedelt worden ist.“

### Betongold statt leistbares Wohnen

Auch wenn seither einige Projekte dazu gekommen sind und die Stadt wieder mehr gefördert und gebaut hat, so fehlten seit damals laut unabhängigen Wirtschaftsforscher:innen 110.000 Wohnungen in der Bundeshauptstadt. Bis zum Jahr 2030 hätte man rund 10.000 neue Wohnungen pro Jahr benötigt. Seit 2018 sind daher in Wien 80.000 Wohnungen zu wenig gebaut worden, um den Bedarf decken zu können. Das kritisieren nun selbst die Experten der Arbeiterkammer in einer Pressekonferenz und fordern eine Milliarde Euro zusätzlicher Förderungsmittel. Das Problem sei nämlich, dass zwar Wohnungen entstanden sind, aber viel zu teuer, die quasi wie „Sparkassenbücher“ von den Eigentümern und Eigentümerinnen als „Betongold“ gehortet werden. Dadurch hätten sich die Bodenpreise von € 515/m<sup>2</sup> auf € 1.773/m<sup>2</sup> - also um 244 Prozent erhöht. Die AK Experten Thomas Ritt und Lukas Tocker: „Das hat den geförderten Wohnbau praktisch ruiniert.“

### Das Land ist säumig

Christian Gruber, FCG vda Bundesgeschäftsführer: „Dass die Wohnbauförderung Landessache ist, und das Land Wien sozialdemokratisch verwaltet wird, fehlt meist in den Aufzählungen der Kritiker:innen über die Ursachen der Wohnungsmisere. Die Stimme für

Kaske und „für billiges Wohnen“ ist freilich den Arbeitnehmer:innen noch allzu gut in Erinnerung.

### Leerstand sofort senken

Was die AK Kritiker noch herausgefunden haben: Wien braucht eine Leerstandsabgabe für Wohnungen, die nicht bewohnt werden. Über 20.000 - so schätzt man - sind es. In anderen Bundesländern werden Leerstandsabgaben eingehoben, nicht aber in Wien. Da sei, so die Rathausmeinung, verfassungsrechtlich nicht alles geregelt. Für Pörtl gilt die Forderung nach einer Leerstandsabgabe selbstverständlich auch für leerstehende Gemeindewohnungen. Wie aus einer Beantwortung einer Anfrage der Oppositionspartei hervorgeht, waren dies zuletzt über 9.000 Wohnungen, also weit mehr, als von Wiener Wohnen gerne als „gesunde Mobilitätsreserve“ bezeichnet wird. Und hier könne es doch auch keine Bedenken gegen eine Abgabe geben, meint Pörtl kritisch.

## Jährlich fehlen in Österreich tausende Pflegekräfte

Pensionierung und demografische Entwicklung führen zu einer weiteren Zuspitzung im Bereich des herrschenden Pflegenotstands.

Seit knapp 20 Jahren wird in Österreich von Pflegenotstand gesprochen. Die Politik versuchte zwar gegenzusteuern, doch bislang konnte die Situation nicht entschärft werden.

Das Gegenteil ist der Fall. Pensionierungen, die Tatsache der höheren Lebenserwartung und Kündigungen aus welchen Gründen auch immer, zumeist aber aus Überlastung und mangelnder Wertschätzung für das Pflegepersonal, offenbaren eine dramatische Lücke.



Bild von Pixabay auf yourEose

Die präsentierte Prognose des Pflegepersonals liefert Zahlen, die dramatisch die enorme gesellschafts- und gesundheitspolitische Situation veranschaulicht. Diese Prognose wurde von „Gesundheit Österreich“ erstellt.

Bis zum Jahre 2050 werden in der Pflege bzw. Betreuung knapp 200.000 Personen an zusätzlichem Personal be-

nötigt. Wird die derzeitige Zahl der abgeschlossenen Ausbildungen im engeren Pflegebereich dem Bedarf bis 2050 gegenübergestellt, ergibt dies eine „Lücke“ von rund 2.000 bis 3.000 Personen pro Jahr.

Bereits 2019 hat die „Gesundheit Österreich“ eine Bedarfsprognose bis 2030 vorgelegt. Diese wurde nun aktualisiert und bis 2050 weitergeführt. Einberechnet wurden in der Studie dabei einerseits Pensionierungen („Ersatzbedarf“ rund 108.000 Personen) sowie andererseits die demografische Entwicklung („Zusatzbedarf“ rund 88.000 Personen). Noch nicht einberechnet sind dabei mögliche Abwanderungen oder Personalfluktationen - also Kündigungen.

Soll der Pflegenotstand beendet werden, so ist mit Anwerben von Pflegekräften aus Drittstaaten nicht auszukommen. Die wichtigste Schraube sind die Arbeitsbedingungen in der Pflege und Betreuung. Der private Pflegebereich leidet unter großem Druck.

Gute Entlohnung, neue Modelle in der Personalplanung und eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben sowie eine entsprechende Berufsankennung bei Pflegepersonen ist dringend nötig.

Mehr Zeit für Beziehungsarbeit, Supervision und Teambesprechungen bzw. eine Reduktion der Wochenarbeitszeit sind Wege, die angespannte Situation zu entschärfen.

*Karl-Heinz Eigentler*

## Die wichtigsten Sozialversicherungswerte 2024

### **Geringfügigkeitsgrenze:**

€ 518,44 brutto pro Monat

**Monatliche Höchstbeitragsgrundlage** für die Sozialversicherung:

€ 6.060,00 brutto bzw. € 202,00 täglich.

### **Pensionen**

#### **Pensionserhöhung**

o bei einer Gesamtpension bis € 5.850,00 monatlich: Erhöhung um 9,7 Prozent

o bei einer Gesamtpension über € 5.850,00 monatlich: Erhöhung um € 567,45

**Die Gesamtgutschrift auf dem Pensionskonto wird um 6,2% erhöht.**

**INFO:** Das Gesamtpensionseinkommen ist die Summe aller Pensionen aus der gesetzlichen Pensionsversicherung inklusive der Beamtenpensionen.

### **Invaliditätspension/Berufsunfähigkeitspension Grenzbeträge**

Eine Anrechnung eines Erwerbseinkommens auf die Invaliditätspension/Berufsunfähigkeitspension findet nur dann statt, wenn das Erwerbseinkommen zur Pension über der Geringfügigkeitsgrenze (€ 518,44, Wert 2024) liegt und das Gesamteinkommen aus Pension und Erwerbstätigkeit den Betrag von € 1.489,42 übersteigt. Wenn das Gesamteinkommen diesen Grenzwert übersteigt, werden vom Überschreibungsbetrag die folgenden Prozentsätze von der Pension in Abzug gebracht:

o 30% des Gesamteinkommens über € 1.489,42 bis € 2.234,22

o 40% des Gesamteinkommens über € 2.234,22 bis € 2.978,83

o 50% des Gesamteinkommens über € 2.978,83  
Die Anrechnung findet maximal bis zu einer Höhe von 50 % der Pensionsleistung und 100 % des Erwerbseinkommens statt.

#### **Witwen- und Witwerpensionen:**

€ 1.217,96

#### **Waisenpensionen bis 24. Lebensjahr**

o für Halbwaisen € 447,97

o für Vollwaisen € 672,64

#### **Waisenpensionen ab 24. Lebensjahr**

o für Halbwaisen € 796,06

o für Vollwaisen € 1.217,96

#### **Erlaubtes Zusatzeinkommen bei Frühpension**

Pro Monat dürfen Sie € 518,44 brutto dazu verdienen.

#### **Einkauf von Schul- und Studienzeiten**

€ 1.381,68 pro Monat

#### **Rezeptgebühr & Service-Entgelt für die E-Card:**

€ 7,10 pro Rezept, € 13,80 pro Kalenderjahr

#### **Krankenversicherung für kinderlose Partner/Mitversicherung**

o 3,4 % vom Bruttoeinkommen (inkl. Sonderzahlungen) des Partners/der Partnerin

#### **Selbstversicherung in der Krankenversicherung**

o grundsätzlicher Monatsbeitrag € 495,58.

o der Betrag kann auf Antrag herabgesetzt werden auf € 69,13

#### **Freiwillige Kranken- und Pensionsversicherung bei geringfügiger Beschäftigung**

o pro Monat € 73,20

#### **Pflegegeldstufen:**

##### **Das Pflegegeld beträgt pro Monat**

bei Stufe 1: € 192,00      bei Stufe 5: € 1.123,50

bei Stufe 2: € 354,00      bei Stufe 6: € 1.568,90

bei Stufe 3: € 551,60      bei Stufe 7: € 2.061,80

bei Stufe 4: € 827,10

## Erlebt Österreich ein blaues Wunder? - Liegt Österreich in Ketten?

Wer das glaubt, wird wohl Kickl wählen. Wundern sollte man sich nicht, was dann alles möglich ist.

Eines kann man Herbert Kickl nicht vorwerfen: Er sagt, was er will, auch wenn er in verschiedene Rollen schlüpft. Zuletzt im ZIB 2-Interview wollte er staatsmännisch wirken. Beim Neujahrstreffen übte er den Volkstribun, der vorgibt, ein Volkskanzler werden zu wollen. Seine Zuhörer:innen jubelten laut, gaben sich machtrunken. Kickl griff die Regierung, den Bundespräsidenten, die anderen Oppositionsparteien und die Medien an. Sie alle seien in einem „Swingerklub der Machtlüsternen“!

Die Anhänger:innen grölten und Kickl versteht sich als Kämpfer gegen das System, wie er sagt. Der rechtsnationale Politiker sieht seine FPÖ längst als „Freiheitsbewegung“. Er freut sich, das Schlagwort der Identitären und Neuen Rechten zu verwenden: REMIGRATION! Denn, wenn die „Systemlinge“ (Kickl) dieses Wort hören, was nichts anderes als eine erzwungene Außerlandrung von Menschen mit Migrationshintergrund bedeutet, bekommen alle eine Schnappatmung, ergötzt sich Kickl.

*Nein, es ist keinesweg alles in Ordnung. Vieles liegt im Argen. Und so wie einst Jörg Haider erzielt auch Kickl mit einem Rundumschlag Treffer.*

*Doch ist Österreich gefangen? „Ja“, sagt Kickl und will die Ketten abstreifen. Wer dies alles auch so sieht, der wird wohl die FPÖ bei den kommenden Wahlgängen wählen - und wollen, dass unser Land zu einer liberalen Demokratie wird. Formal wird Österreich weiterhin eine Demokratie sein, aber mit massiven Einschränkungen liberaler Errungenschaften. Die betrifft Justiz, Medien und das Parlament.*

*Wundern sollten wir uns im Nachhinein nicht! - Denn Kickl sagt sowieso, was er will.*

*Karl-Heinz Eigentler*

## Fahrtauglichkeitsuntersuchung kommt nicht

*Eine verpflichtende Fahrtauglichkeitsuntersuchung für Menschen ab dem 70. Lebensjahr kommt nicht!*

Im Jahr 2023 forderten einige Abgeordnete im

Europäischen Parlament, dass Personen ab 70 Lebensjahren alle fünf Jahre eine ärztliche Kontrolle der Fahrtauglichkeitsuntersuchung durchführen sollten.

Der Seniorenbund hat sich gegen diese Maßnahme auf das Schärfste gewehrt. Da dies eine besondere Benachteiligung, ja

eine Diskriminierung der älteren Menschen gewesen wäre. Gerade im ländlichen Raum sind viele Frauen und Männer auf das Auto angewiesen.

Die Verkehrsminister haben sich im Dezember 2023 auf eine Selbsteinschätzung der Fahrtauglichkeit geeinigt. Der Aufschrei des Österreichischen Seniorenbundes zeigte Wirkung und ist einmal mehr der Beweis für die Wichtigkeit einer Interessensvertretung.

*Trotzdem sollten wir bei diesem Thema wirklich selbstkritisch sein und die uns zugebilligte Selbsteinschätzung ernst nehmen!*

*Karl-Heinz Eigentler*



## Was bannt den Hass?

*So viel Hass! Woher kommt er? Wie kann man ihn in Schach halten?*



Bild von Carlotta Silvestrini auf Pixabay

„Groll ist wie Stacheldraht kauen.“ Das sagt der 1981 in Sarajewo geborene Schriftsteller Tijan Sila in einem Interview. Im Verlauf des Gesprächs präzisiert er, was er wirklich mit Groll meint: Hass. Kalt, bösartig, gefährlich. Und in letzter Konsequenz auf Vernichtung aus.

Wut und Zorn sind ihrem Impuls nach begrenzt. Man kann ihnen bisweilen sogar etwas Positives abgewinnen. Beim Hass ist es anders. Er ist rational. Hass äußert sich in persönlichen oder

gesellschaftlichen Konflikten, am intensivsten in Verbrechen und Kriegen, und in verbalen Attacken. Durch eine Radikalisierung der Sprache erreicht er vor allem im Netz ganz neue Dimensionen. Da herrscht ein gnadenloses Grundrauschen, das zynischer nicht sein könnte.

### Des Menschen Herz ist ein Abgrund

Man könnte denken, das sei ein Phänomen unserer globalen vernetzten Welt. Tatsächlich ist der Hass so alt wie die Menschheit.



Teile des 64. Psalms lesen sich wie eine exakte Beschreibung dessen, was sich heute on- und offline abspielt: „Sie schärfen ihre Zunge wie ein Schwert, schießen giftige Worte wie Pfeile, um den Schuldlosen von ihrem Versteck aus zu treffen. Sie schießen auf ihn, plötzlich und ohne Scheu. Sie sind fest entschlossen zu bösem Tun. Sie planen, Fallen zu stellen und sagen: ‚Wer sieht uns schon?‘“

Doch anders als in der Vergangenheit versteckt sich der Hass längst nicht mehr. Meinungsverschiedenheiten über Lastenräder oder Gendersternchen entgleisen, ein aggressiv-drängelnder Autofahrer, der einen scharf geschnitten hat, reicht, um sich in Gewaltfantasien zu ergehen.

### „Achte auf deine Worte...“

Ist die Welt verrückt geworden? Keineswegs. In manchen Fällen ist Hass natürlich auf eine psychische Störung zurückzuführen, als Massenphänom allerdings nicht.

Niemand wird mit Hass im Herzen geboren. Er schleicht sich unbemerkt ein, wird „gefüttert“. Durch eine leichtfertige Sprache etwa. „Ich hasse meinen Chef, meine Schwiegermutter, die Schule...“ ist schnell dahingesagt. Ebenso: „Den würde ich am liebsten umbringen.“ Harmlos ist das nicht.

„Achte auf deine Worte, sie werden Taten“, drückt aus, was Sprache anrichten kann. Beispiele kennen wir genug, aus der eigenen Geschichte und aus der von anderen.

### Wir müssen den Hass in uns niederrigen

Eine Möglichkeit, dem Hass zu begegnen, kann Schweigen sein, sofern es von der Einsicht zeugt, dass man überfordert ist, weil man zu wenig über individuelle oder komplexe historische Hintergründe eines Konflikts weiß. Da hilft es, innezuhalten, nachzudenken und die eigene Haltung kritisch zu hinterfragen.



Bild von philm1310 auf Pixabay

### Ab und zu müssen wir den Mund aufmachen

Es kann in meinen Augen aber nicht angehen, den Hass dieser Tage stets nur schweigend hinzunehmen. Dazu muss man keine Heldentaten vollbringen. Eine überraschende, unerwartete, gewaltfreie Reaktion ist nachweislich viel wirksamer.

### „Wenn dich jemand auf die rechte Wange schlägt, dann halte ihm auch die linke hin.“

Diese Bibelstelle wird häufig als passive, unterwürfige Haltung missverstanden. Gemeint ist, „bleib stehen, weiche nicht aus, verweigere jede Kooperation mit der Erniedrigung.“ Auf diese Weise kann eine neue Situation entstehen, in der sich Machtverhältnisse verschieben, neue Perspektiven und Möglichkeiten aufscheinen.

Folter, Menschenhandel, Sklaverei geschehen weltweit zwar immer noch, aber sie sind geächtet und können vor nationale und internationale Gerichte gebracht werden. Nicht zuletzt hat eine Neuausrichtung der Werte in den letzten Jahrzehnten dazu beigetragen, dass Menschen - egal welchen Geschlechts, welcher Kultur und Ethnie - zumindest in unseren Breitengraden gleichberechtigt sind und mehr

Kinder ohne Hass und Gewalt aufwachsen dürfen.

Geben wir dem Hass, wo auch immer er uns begegnet, keinen Raum.



**Halten wir das Fähnchen der Liebe, das Licht des Lebens hoch. Auch wir sind viele!**

aus: *Leben jetzt, Magazin der Steyler Missionare*, Nr. 2 / Februar 2024, gekürzte Version

## Alles ganz einfach

Gutes zu tun ist schwierig.  
Wie schnell kann es passieren, dass das Gutgemeinte nicht das Gutgetane ist.

Recht ist ambivalent.  
Wie schnell kann es passieren, dass das Gerechte zum Selbstgerechten wird.

Einschreiten und streiten.  
Wie schnell kann es passieren, dass man sich selbst damit schadet.

Doch Gott traut uns zu, dass wir **lernen**, das Gute zu tun, auch wenn wir keine Naturtalente sind.

Und dass wir das Recht **suchen**, auch wenn es nicht gleich offen ersichtlich ist.

Und dass wir gegen Unrecht **einschreiten**, auch wenn wir uns lieber selbst schützen würden.

Lernt es! Sucht! Tut!  
Eigentlich ist es ganz einfach.

Elisabeth Birnbaum

## Unser Mann in Brüssel

Der ehemalige FCG Bundesvorsitzende Alfred Gajdosik und jetzige Vertreter im WSA (= Wirtschafts- und Sozialausschuss), dem Unterausschuss Tourismus, im Europäischen Parlament bei einer Wortmeldung. Wir bedanken uns für den gewerkschaftl. Einsatz - trotz Ruhestand.



## Besuch aus Luxemburg

Zwischen den Weihnachtsfeiertagen besuchte der luxemburgische Christgewerkschafter Francis Lomel mit seiner Gattin Wien. Natürlich durfte da ein Treffen mit den FCG vida Gewerkschaftern nicht fehlen. Reger gewerkschaftlicher Gedankenaustausch zwischen den beiden Ländern war in gemütlicher Runde angesagt.



Von links nach rechts: Karl Merstik, BRV Hotel Sacher, Francis Lomel, FCG vida Bundesvorsitzender Christian Gruber, Frau Lomel, Andreas Gollner, FCG vida Landesvorsitzender Wien und Alfred Gajdosik

## Präsidiumssitzung

Am 18. Jänner fand eine FCG vida Präsidiumssitzung statt um die nächsten Schritte für die Arbeit für die Kolleginnen und Kollegen festzulegen.



## Landesfrauentag Steiermark

Am 7. Februar fand der FCG vida Landesfrauentag Steiermark statt. Als Vorsitzende wurde einstimmig Kollegin Michaela Schmölzer gewählt. Alles Gute für diese Funktion.



Foto von links nach rechts: LV KR Walter Semlitsch, BVF KR Linda Lindinger, Sandra Sommer, LFV Michaela Schmölzer, LFV Stv. Yvonne Tamara König, BGF KR Fritz Pörtl

## Landesfrauentag NÖ

Am 14. Februar fand der FCG vida Landesfrauentag NÖ in der AK NÖ statt. Kollegin Sabine Laubenstein wurde als Vorsitzende und Kollegin Annette Dobler als ihre Stellvertreterin gewählt. Wir gratulieren dazu recht herzlich und wünschen viel Freude bei der Arbeit für die Kolleginnen.



Bild von links nach rechts: BRV Wiener Hilfswerk NÖ Sonja Hör, FCG vida-BFV Linda Lindinger, Brantner Österreich AN-BRV Sabine Laubenstein und AR-BR-GM Anette Dobler

## Wahlgewinn

*FCG gewinnt AK Wahlen in Tirol und Vorarlberg mit großem Vorsprung*

FCG vida Bundesvorsitzender Christian Gruber gratuliert den AK Präsidenten von Tirol und Vorarlberg zum Ergebnis. Die leidenschaftlich geführten Wahlkämpfe und der große Einsatz für die Interessen der Arbeitnehmer:innen wurde belohnt.

Wir freuen uns sehr über die guten Ergebnisse, denn in diesen Bundesländern bleiben die Christgewerkschafter:innen die starke Stimme der Arbeitnehmer:innen, so Gruber.



Von links nach rechts: Bernhard Heinzle (AK Vorarlberg), Friedrich Pörtl, Erwin Zangerl (AK Tirol)

## NÖ Hilfswerk



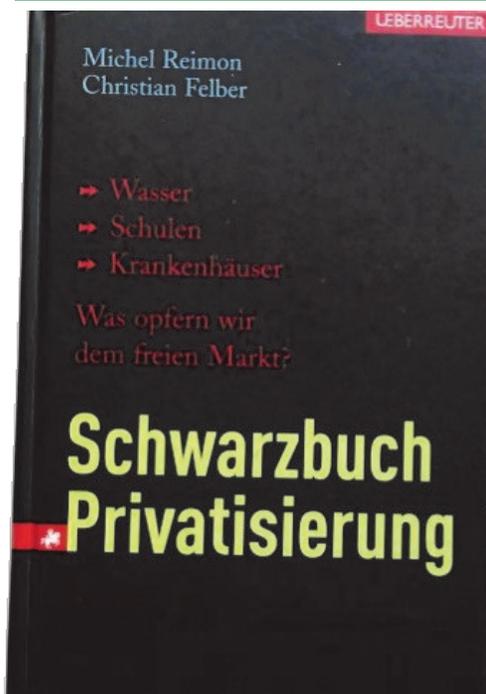
Sonja Hör wurde zur neuen Betriebsratsvorsitzenden des NÖ Hilfswerkes gewählt. Zu der Aufgabe, für die Kolleg:innen in dieser fordernden Sparte einzutreten, gratulieren wir herzlich.

## Neue Mitglieder

Fritz Pörtl, FCG vida Bundesgeschäftsführer, überreichte Beitrittserklärungen von Neumitgliedern an den Generalsekretär der FCG, Michael Schediwy-Klusek. Dieser nahm die Erklärungen dankend entgegen.



# Christliche Soziallehre: Schwarzbuch Privatisierung



LEBERREUTER

Während man das 20. Jahrhundert in Europa auch mit dem schrittweisen Aufbau des Sozialstaats treffend beschreiben kann, treffen MICHAEL REMON und CHRISTIAN FELBER mit ihrem „Schwarzbuch Privatisierung“ ganz entscheidende

Feststellungen zum Verhältnis von Staat und Privat für das 21. Jahrhundert.

**Die Starken profitieren:** Öffentliche Betriebe tragen gesellschaftliche Verantwortung. Gewinnorientierte Konzerne tun das nicht. Übernehmen sie die Grundversorgung, tragen sie aktiv zur Schaffung einer Zwei-Klassen-Gesellschaft bei. Das erste Privatisierungsopfer ist die ländliche Bevölkerung: Nicht genug damit, dass ihr aufgrund der Handelskonzentration Nahversorger vor der Nase zusperrt, es kommen auch Postämter, Nebenbahnen, Telefonzellen und Buslinien abhanden. Alle netzgebundenen Anschlüsse (Strom, Gas, Wasser, Kanal, Telefon, Internet) werden nach Privatisierungen beinahe nur noch in Ballungszentren ausgebaut.

**Ein Staat ist keine AG:** „Der Staat ist ein schlechter Unternehmer“, hört man immer wieder. Aber Staaten existieren aus anderen Gründen als Aktiengesellschaften und Politiker sollten nicht versuchen, Betriebswirte zu sein. Private Krankenkassen haben nicht das geringste Interesse daran, Schwerkranken zu helfen. Im Gegenteil, jeder profitorientierte Betrieb müsste danach trachten, sie loszuwerden. Private Stromversorger haben kein Interesse an Kleinkunden mit viel Verwaltungsaufwand und wenig Umsatz. Private Rentenversicherer haben kein Interesse daran, sichere Renten zu bieten, sondern eine möglichst ho-

he Gewinnspanne aufzuspitzen. Gleiches gilt für private (= gewinnorientierte) Wasser- und Abwasserversorger, private Abfallentsorger usw.

**Am Ende haftet der Staat:** Die Gesellschaft trägt die Kosten für all jene Nebeneffekte, die eine Privatisierung mit sich bringt und die früher von öffentlichen Betrieben vermieden wurden. Höhere Arbeitslosenzahlen, mehr Sozialfälle und Umweltschäden sind offensichtliche Kostenfaktoren, aber es gibt auch gut versteckte, die man nicht in Zahlen gießen kann. Wenn private Gefängnisse weniger Geld in die Ausbildung von Insassen investieren und diesen Menschen damit keine neuen Perspektiven für die Zeit nach der Haft eröffnen - was kostet das? Welchen Preis zahlt die Gesellschaft dafür, nicht nur rein finanziell betrachtet? Die Öffentlichkeit trägt auch die Kosten für das „Rosinenpicken“ der privaten Betreiber. Darunter versteht man, dass Investoren nur die profitablen Sektoren öffentlicher Betriebe kaufen, die Verluste machenden Teile aber unverkäuflich sind. Der Politik bleibt dann die Wahl, diese Aufgaben aus Steuermitteln zu bestreiten oder ganz darauf zu verzichten.

Noch haben wir - zumindest in Europa - für den größten Teil der Bevölkerung ein soziales Netz gespannt, welches z.B. Kranken- und Unfallversicherungen, Pensionsversicherungen, Arbeitslosengeld, Kinderbetreuungsgeld, Familienbeihilfe, aber auch Notstands- und Sozialhilfe umfasst. Doch die soziale Verantwortung des Staates beinhaltet mehr als die Organisation von Sozialversicherungen. Verschiedene Steuern sind ebenso ein wichtiges Element des innerstaatlichen Ausgleich zwischen Arm und Reich wie etwa auch die Förderung des Zugangs zu Bildungseinrichtungen.

**„Chancengleichheit und Durchlässigkeit der sozialen Schichten sind von höchster Bedeutung für einen Staat, der sich SOZIAL nennen darf“**,

formulierte LIESELOTTE WOHLGENANNT in einer Publikation der Katholischen Sozialakademie.

aus: Christliche Soziallehre  
(nach dem Cardijn-Dreischritt: sehen-urteilen-handeln),  
Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, April 2010



## Ein frohes Osterfest 2024 wünschen

**KR Christian Gruber**  
Bundesvorsitzender der FCG vida

**KR Friedrich Pöttl**  
Geschäftsführer der FCG vida

**Selina Schovanez**  
Büroassistentin der FCG vida

Bild von Alexa auf Pixabay

**Impressum:** Medieninhaber, Herausgeber und Verlag:  
Verband Christlicher Arbeitnehmer in Verkehr, Touristik und Persönliche Dienste  
Hersteller: FCG vida / Alle: 1020 Wien, Redaktion: Friedrich Pöttl ZVR 605463055  
**Offenlegung der Besitzverhältnisse gemäß Mediengesetz § 25(2)**  
**FCG vida-Bundesvorstand:** Norbert Bauer, Wiltrud Deutschmann, Karl-Heinz Eigentler,  
Thomas Faulhuber, Manfred Frcena, Andreas Gollner, Christian Gruber,  
Matthias Heckmann, Sonja Hör, Linda Lindinger, Robert Lindner-Zettl, Karl Merstik,  
Johann Perkhofer, Katarina Picorusevic, Friedrich Pöttl, Walter Semlitsch, Edith Stimpfl,  
Manfred Strasser, Thomas Svejda. Blattlinie nach § 25(4); Vertretung der Interessen der  
österreichischen Arbeitnehmer:innen entsprechend den Grundsätzen und Zielen des  
FCG-Grundsatzprogramms.